

Europawahlen 2014

Das Feld nicht den Rechten überlassen

Ein Internetblog titelt: „Krisenstaaten wählen links, kleine Länder liberal, und die Christdemokraten sind vor allem in der Eurozone stark.“ Das erklärt gleichzeitig recht gut die Geografie der Krise, die ja, wenn man der Bundesregierung glauben darf, wieder einmal vorbei ist – wie 2010, als es in Deutschland allenthalben „Aufschwung“ hieß und gleichzeitig die angeblich beendete Banken- und Wirtschaftskrise als „Eurokrise“ Auferstehung feierte.

Das heutige Gerede von dem „guten Weg“, auf dem sich das europäische Krisenmanagement befinde, verdeckt nur mühsam die realen Tendenzen. Beispielhaft mag die Bankenunion stehen, die in acht Jahren einen Rettungstopf von 55 Milliarden Euro ansparen soll. Bei einer Bankenkrise des Ausmaßes von 2008 reicht das gerade mal für eine größere Sparkasse.

Und so ist es nur stimmig, dass die Krisenmaßnahmen keineswegs zur Ruhe kommen. Da ist auf der einen Seite das beharrliche Basteln an institutionellen Regelungen, die innerhalb der Eurozone die Austeritätspolitik in Stein meißeln sollen. Pakte für Wettbewerbsfähigkeit und Eurozonenparlament mögen Stichworte sein. Auf der anderen Seite gibt es widersprüchliche, oft hektische Versuche, die Krise zu möglichst großen Teilen auf Dritte abzuwälzen. Die Währungskrise der Schwellenländer kommt da gerade recht und TTIP scheint ein probates Mittel, deren Probleme noch zu verstärken. Die eskalierende Einmischung in der Ukraine sollte ebenfalls unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden. An all dem arbeiten übrigens sozialdemokratisch wie konservativ geführte Regierungen ebenso wie deren Fraktionen im Europaparlament Hand in Hand, regelmäßig unterstützt von den Liberalen.

Deshalb wundert es nicht, wenn Umfragen sowohl den Linksparteien wie den rechtspopulistischen wie rechtsradikalen Kräften Stimmengewinne voraussagen. Zu offensichtlich ist es, dass der dominante Europakurs ganz grundsätzlich in die falsche Richtung geht.

Aber man darf sich nicht täuschen lassen: Rechte und linke Alternativen dazu ähneln sich nicht, sie sind grundverschieden. Auf einen einfachen Punkt gebracht, unterstützen Linke die Forderung der Antikrisenmobilisierung, die überall in der EU feststellt: „Don‘t owe, won‘t pay.“ Rechte dagegen stehen dafür, dass das von ihren nationalen Eliten zusammengeraffte Geld gefälligst auch bei denen oder zumindest im selben Land bleiben soll. Auch wenn im AfD-Programm mancher Satz steht, der Attacies isoliert gefallen könnte: Diese Partei und ihre Gesinnungsgenossen in Europa stehen für nationalen und privaten Egoismus, für die harten Gesetze des Marktes, für soziale und rassistische Ausgrenzung. Seit einigen Wochen sinken europaweit die Prognosen für die Rechte ein wenig. Attac sollte einen Beitrag dazu leisten, dass ich das fortsetzt.

Werner Rätz